

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **160 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Österreich

Österreichische Offiziere bei Seminaren im NATO-Kooperationsrat

Das Bundesministerium für Landesverteidigung entsendet in vermehrtem Masse Offiziere zu den immer zahlreicheren internationalen Konsultationen und Seminaren. Diese vertrauensbildenden Massnahmen werden bei der NATO – auch im Zusammenhang mit der «Partnership for Peace» – immer wichtiger genommen und dienen auch dem Austausch von militärfachlichen Erfahrungen.

Auf Einladung der NATO an drei neutrale Staaten: Schweden, Finnland und Österreich, hat die verantwortliche Generalstabsgruppe C des BMLV unter Leitung von Divisionär Günther Greindl kürzlich auch Oberst Dr. Alfred Lugert als Delegierten zu einem Seminar über humanitäre Aspekte des «peace-keeping» im Rahmen des «North Atlantic Cooperation Council» (NACC) nach Budapest gesandt.

Eingangsreden hielten der Seminarvorsitzende Herpert van Foreest, Vizeadmiral a.D., Assistant Secretary General bei der NATO, der ungarische Aussenminister Jeszensky und das «Military Committee» (MC) der NATO; Feldmarschall Sir Richard Vincent. Anschliessend fanden Plenarsitzungen und Gruppensitzungen mit Diskussionen zu folgenden Themen statt:

– «Conceptual and Legal Issues Concerning Humanitarian

Aspects of Peace-keeping», «Coordination of military and civil emergency activities related to humanitarian aspects of peace-keeping», «Practical Experience and Future Tasks for the Planning and Implementing of Peace-keeping Operations».

Die Anzahl der Seminarteilnehmer betrug 115 Personen. Abgesehen von den Teilnehmern aus dem NATO-Hauptquartier und aus Ungarn, kamen die grössten Delegationen aus den Niederlanden (sieben Teilnehmer), aus Italien, Schweden und den USA (mit jeweils fünf Teilnehmern). Die neutralen Staaten Schweden (fünf), Finnland (drei) und Österreich (einer) waren als Gäste eingeladen. Das Seminar bot zum Teil wichtige politische Aussagen (Partnerschaft für den Frieden/NATO/Ungarn/Balkankrieg), liess aber die bestehende Unsicherheit bei den Einstufungen von «peacekeeping missions» erkennen. Allerdings wurde fast einmütig die Definition für «peace-keeping» in Richtung: es muss unparteilich sein; «peace enforcement» ist (doch) etwas anderes, vorgenommen. Die hochrangige Beschiebung durch NATO und Ungarn gab dem Seminar das Prestige; die Beiträge von Delegierten, die bereits «peace-keeping-Erfahrung» mitbrachten, intensivierte die Diskussionen in den Arbeitsgruppen, was zu einer recht brauchbaren Beurteilung der Probleme und Lösungsmöglichkeit führte. ACL

ERSCHLOSSEN EMDOK
MF 438 12317

Deutschland

Lehren aus dem Einsatz in Somalia

Der Somaliaeinsatz der Bundeswehr ist unterdessen beendet. Allerdings kam der ursprünglich vorgesehene Hauptauftrag, nämlich die logistische Unterstützung für ein indisches Kontingent, gar nicht zum Tragen. Aus diesem Grunde beschränkte sich der deutsche Einsatz auf rein humanitäre Leistungen.

Gegenwärtig ist das deutsche Verteidigungsministerium daran, diesen Auslandseinsatz

auszuwerten, um für künftige weitere solche Aufgaben die nötigen Lehren zu ziehen.

Bisher sind folgende drei wesentlichen Erkenntnisse vorgebracht worden:

1. Der Somaliaeinsatz hat gezeigt, dass solche Einsätze mit vorbestimmten Verbänden und Einheiten allein nicht zu bewältigen sind. Je nach Umfang, Einsatzregion, Art und Schwerpunkt des Auftrages, Anzahl der Rotationen und anderen Kriterien (z.B. den vorhandenen Risiken und Gefahren) müssen für derartige Einsätze die Kontingente von

Fall zu Fall ad hoc zusammengestellt werden. Beispielsweise waren in Somalia Teile und Mittel aus 200 Kompanien des Heeres beteiligt. Dies soll bei den strukturellen Überlegungen in Zukunft berücksichtigt werden. Im Grunde müssten alle im Frieden präsenten Verbände und Kräfte, soweit sie nicht bereits durch spezielle Aufträge gebunden sind, für Einsätze dieser Art zur Verfügung stehen.

2. Es hat sich gezeigt, dass es nicht nur darauf ankommt, über geeignete Führer vor Ort zu verfügen, sondern die Einsatzländer müssen gleichzeitig mit fähigen Offizieren (Generalsrang) in der UNO-Führung vertreten sein. Diese Tatsache müsse insbesondere auch von den politischen Instanzen (Auswärtiges Amt) akzeptiert werden. Zudem sollen die Schnittstellen zu der politischen Führung verbessert werden, weil solche Einsätze auch mit Blick auf die Unwägbarkeiten immer politischen Charakter haben werden.

3) Eine militärische Hilfeleistung dieser Art in einer völlig fremden Umgebung mit unbestimmten Risiken und Gefahren verlangt eine vorgängige gezielte Ausbildung und Ausrüstung der Truppe. Auch bei rein humanitären Hilfeleistungen wird die Truppe mit Risiken und Gefahren konfrontiert (Minen, Hecken schützen usw.), auf die sie gezielt vorbereitet werden muss. Die vorgängige nachrichtendienstliche Erarbeitung von Grundlagen, die auf die Besonderheiten der Region sowie auf die möglichen Gefahren hinweisen sowie die Integration von spezifischen Mitteln zum Schutz der Soldaten, sind für solche Aufgaben unerlässlich. hg

Weissbuch 1994

Nach mehreren Jahren Pause legte die Bundesregierung im April dieses Jahres wieder ein Weissbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr vor. Ausgehend von einer Schilderung der Lage werden die Konzeption deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Handlungs- und Gestaltungsfelder deutscher Sicherheitspolitik sowie die Bundeswehr der Zukunft im Übergang und in Staat und Gesellschaft vorgestellt.

Existenzbedrohende Konflikte sind für Deutschland unwahrscheinlicher geworden, vor allem, so lange es sich im Verbund der NATO die Fähigkeit zu seinem Schutz bewahrt. Die Fähigkeit zur Verteidigung bleibt jedoch das Fundament der Sicherheit Deutschlands und der NATO. Beim Vorhandensein des Konfliktpotentials in der ganzen Welt, aber auch in und um Europa, müssen aber Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im erweiterten geografischen Umfeld unter einem völkerrechtlich legitimierten Mandat im Vordergrund der Sicherheitsvorsorge stehen. Hierfür sind kollektive Ansätze gefordert. Es sind aber Instrumente der Konfliktverhütung und Konflikteindämmung so auszubauen, dass künftige Krisen schon unterhalb der Schwelle des Einsatzes militärischer Mittel entschärft werden können. Für den konkreten Fall sind politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale, ökologische sowie militärische Aspekte zu berücksichtigen. Der Einsatz militärischer Mittel kann zur Verhinderung und Eindämmung von Gewalt und Krieg erforderlich werden. Hierzu gilt es, die politischen, rechtlichen, organisatorischen und ideellen Voraussetzungen zu schaffen. Der Auftrag der Bundeswehr enthält Schutz der Staatsbürger vor Erpressung und äusserer Gefahr, Förderung der militärischen Integration Europas, Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten, Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der UNO sowie Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe. Diese Aufgaben erfordern eine neue Struktur, präsenre Krisenreaktionskräfte, weitgehend mobilmachungsabhängige Hauptverteidigungskräfte und die militärische Grundorganisation der Streitkräfte. Die Kategorien bilden eine Einheit. Die Bundeswehr muss im Rahmen der Krisenbewältigung in der Lage sein, einen Beitrag für eine grössere Operation im Bündnisrahmen zu leisten und gleichzeitig mit kleineren Konflikten an UN-Einsätzen teilnehmen. Die Ausrüstungsplanung ist hierauf abzustellen. Eine neue Führungsstruktur soll diesen Forderungen entsprechen. Insbesondere in der Führungsgliederung des Heeres und der Luftwaffe sind wesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Neu ein-

geführt sind für beide Teilstreitkräfte Führungskommandos und Unterstützungskommandos, die neben den Teilstreitkraftsämtern den Führungsstäben der Teilstreitkräfte unmittelbar unterstellt sind. In Zukunft wird es 4 Korpskommandos, davon ein multinationales, in Münster, Regensburg, Ulm und Potsdam geben.

Die Divisionskommandos sind mit den Kommandos der Wehrbereiche verschmolzen worden. Parteien und relevante Gesellschaftsgruppen haben das neue Weissbuch unterschiedlich bewertet. Vor allem wird darauf hingewiesen, dass ein Wegweiser fehle und die allgemeinen Verteidigungskräfte zugunsten der Krisenreaktionskräfte benachteiligt werden könnten und die Gefahr bestünde, dass eine Zweiklassenarmee entsteht. Alle diejenigen sind enttäuscht, die vom Weissbuch direkte Aussagen zu künftigem Umfang, zur Struktur sowie zur Ausrüstungs- und Finanzplanung erwartet haben. Aber erstmals zeigt ein Weissbuch auf, welche Konsequenzen mit der veränderten Weltlage sowie mit dem Aufbau der Europäischen Union für die Bundeswehr verbunden sind. Tp.

Zur Umrüstung der Kampfflugzeuge MiG-29

Die deutsche Luftwaffe hatte im Oktober 1990 im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von der damaligen NVA u.a. 24 Jagdflugzeuge vom Typ MiG-29 Fulcrum übernommen. In der Folge wurde beschlossen, diese Flugzeuge bis zum Zulauf des neuen Europäischen Jagdflugzeuges (EFA) nach entsprechender Umrüstung im Einsatz zu behalten. Gemäss Aussagen des Verteidigungsministeriums sollen nun diese notwendigen Modifikationen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Gegenwärtig ist allerdings noch unklar, wer künftig für Wartung und Unterhalt dieser Flugzeuge eingesetzt werden soll. Heute bestehen Kontakte zwischen der DASA und russischen Firmen, die solche Instandsetzungsarbeiten anbieten. Mit den technischen Modifikationen wird u.a. auch eine Verlängerung der Wartungsintervalle für die Zelle von bisher 800 Flugstunden auf neu 1100

Flugstunden angestrebt. Um für die erste Grundüberholung der 24 MiG-29 im Verlaufe des Jahres 1995 gerüstet zu sein, muss eine baldige Lösung gefunden werden. Im Interesse des Erhalts von wehrtechnischen Kapazitäten und der Sicherung von Arbeitsplätzen sollen diese künftigen Aufträge – trotz den russischen Kontakten – möglichst an die deutsche Industrie vergeben werden. In Frage kommen dabei insbesondere die Elbe-Flugzeugwerke in Dresden (für Zellen) sowie die MTU in Ludwigsfelde (für die Triebwerke). Allerdings seien die vorliegenden russischen Angebote so kostengünstig, dass mit den deutschen Firmen noch weitere Verhandlungen notwendig sind.

Damit die deutschen MiG-29 ohne Einschränkungen auch in westlichen Lufträumen fliegen können, werden sie den ICAO-Normen angepasst. Dies beinhaltet im wesentlichen die englische Cockpitbeschriftung, Instrumentierung in Fuss/Knoten, Notradio, Freund-Feind-Kennung, Funknavigationsanlage, TACAN und frei einstellbare Funkfrequenzen. All diese Anpassungen sollen bis Ende 1994 vorgenommen werden.

Nebst der deutschen Luftwaffe sind in Osteuropa noch folgende Streitkräfte im Besitze von Kampfflugzeugen des Typs MiG-29:

Polen (12), Tschechien (10), Slowakei (10), Ungarn (28), Bulgarien (22), Rumänien (19), Serbien (12), Russland (861), Ukraine (241), Weissrussland (84).

Ausserhalb Europas haben bisher folgende Staaten MiG-29 erhalten oder mindestens bestellt:

Indien, Iran, Irak, Kuba, Nordkorea, Syrien, Malaysia.

Erfolgreicher Jungfernflug des Europäischen Jagdflugzeuges

Das von vier Ländern entwickelte neue Europäische Jagdflugzeug (EFA) hat Ende März nach etlichen Verzögerungen endlich seinen Jungfernflug absolviert. Das heute unter der Bezeichnung Eurofighter 2000 figurierende Flugzeug soll vom Flugplatz Manching bei Ingolstadt aus einen rund 45 Minuten dauernden Flug ohne Probleme absolviert haben.

Der Eurofighter, der insbesondere aus finanziellen Gründen in Deutschland umstritten ist, soll eine Höchstgeschwin-



Der Erstflug des Eurofighter 2000 in Deutschland erfolgte mit rund 2 Jahren Verspätung.

digkeit von 2000 km/h erreichen. Gemäss nachträglich erfolgten politischen Forderungen darf der Stückpreis nicht mehr als 100 Mio DM betragen. Ein zweiter in Grossbritannien endmontierter Prototyp hat unterdessen ebenfalls seinen Erstflug absolviert. Ein dritter Prototyp soll in der zweiten Jahreshälfte von Italien aus die ersten Flugversu-

che vornehmen. Deutschland und Grossbritannien sind die Hauptpartner im Eurofighter-Konsortium. Spanien und Italien spielen eine Nebenrolle. Deutschland will 1995 entscheiden, ob es schlussendlich etwa 140 Eurofighter anschaffen wird, die dann ab etwa 2002 in Dienst gestellt werden sollen. hg

Frankreich

Das Verteidigungswissbuch

Im Februar 1994 wurde das neue französische Verteidigungswissbuch den Kammern des Parlamentes und der Presse vorgestellt. Es enthält die Randbedingungen für die Verteidigung Frankreichs, die Folgen der neuen internationalen Lage, die Beschreibung der strategischen Ziele und der Möglichkeiten der Streitkräfte, Überlegungen zu den industriellen, technologischen, ökonomischen und finanziellen Kapazitäten unseres westlichen Nachbarlandes.

Der französische Verteidigungsminister unterstreicht darin, dass die Verteidigungsstrategie verschiedene Neuheiten beinhaltet: Die Möglichkeit, die Abschreckungswirkung anzupassen; die neue Rolle der konventionellen Streitkräfte; Szenarien für den Einsatz; neue operationelle Prioritäten; Konzepte für Bildung und Anpassung von Streitkräften.

Verschiedenen Parlamentariern missfiel dabei, dass die

Wiederaufnahme nuklearer Versuchsexplosionen unerwähnt blieb, welche aber nach den Worten des Ministers der Modernisierung dieser Waffen dient (Reichweitensteigerung, Stärke, Eindringtiefe). Hier noch einige wichtige Punkte:

Mit Deutschland wird eine Kooperationsstelle für Rüstungszusammenarbeit geschaffen.

Strategisch breit gefördert wird die Raketenabwehr innerhalb der Luftstreitkräfte.

Die EKF wird modernisiert und zudem ein transportables Einsatzkommando für multinationale Einsätze in der Grössenordnung von mehr als einem verstärkten Armeekorps geschaffen.

Im Bereich der Dissuasion sollen weitere Einsatzmittel an die Seite der Atom-U-Boote treten. Insgesamt sind an die 100 000 Mann vorgesehen, etwa 100 Schiffe für die Marine, etwa 20 Kampfflugzeugstaffeln, Flab und Nuklearflugzeuge und etwa 100 Transportflugzeuge.

Bei der Ausrüstung und Bewaffnung soll mit andern europäischen Ländern eine gemeinsame «europäische Präferenz» angestrebt werden, auch

um die Dualität der Industrie (militärische/zivile Bedürfnisse) besser zu nutzen. Ähnliches gilt für den Waffenexport. Bt

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 438/2319

Ex-Jugoslawien

Die UNO-Truppen in Ex-Jugoslawien

Seit über zwei Jahren verfolgt die Weltöffentlichkeit politische, militärische und humanitäre Einsätze in Ex-Jugoslawien, die komplex und oft konfus erscheinen. In einem Interview hat kürzlich der französische Generalstabschef, Admiral Lanxade, sich dazu geäußert.

Die Komplexität des Dispositivs in Ex-Jugoslawien widerspiegelt die konfuse Lage der vielen Konflikte, die vieles mit einer Bürgerkriegssituation gemeinsam haben und auf die niemand vorbereitet war.

Die militärischen Einheiten, die von der internationalen Staatengemeinschaft nach Ex-Jugoslawien geschickt wurden, haben drei Aufgaben: Interposition, Unterstützung der humanitären Hilfe und Zwang auf die Kriegführenden auszuüben.

Über 12 000 Angehörige militärischer Formationen aus elf Ländern sind seit Frühjahr 1992 in der Krajna und in Slawonien im Einsatz mit Interpositionsauftrag.

Um vor allem die humanitären Hilfeleistungen zu unter-

stützen, wurden seit Sommer 1992 über 12 000 Blaumützen der FORPRONU nach Bosnien-Herzegowina entsandt.

Im Mai 1993 errichtete der Sicherheitsrat der UNO sechs Sicherheitszonen in Bosnien-Herzegowina: Auch dort stehen Blauhelme zwischen den Kriegsparteien, inklusive dem Gebiet um Sarajewo.

Seit Ende 1992 sind auch Luftkampfmittel bereit, um den Himmel über Bosnien-Herzegowina zu überwachen.

Im Januar 1993 kam eine französische Seestreitmacht dazu, die in der Adria die Sicherheit der französischen Landstreitkräfte garantiert. Seit dem Frühling desselben Jahres bilden mehrere Schiffe in der Adria ausserdem die NATO/WEU-Seestreitmacht.

Gegenwärtig beträgt der Gesamtbestand der UNO-Truppen in Ex-Jugoslawien über 28 000 Personen aus 36 verschiedenen Ländern. Gegenwärtig haben folgende Länder im ehemaligen Jugoslawien Truppenkontingente stationiert:

Ägypten, Argentinien, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Jordanien, Kanada, Malaysia, Kenia, Nepal, Norwegen, Po-



Die jährlichen Kosten für «Friedensichernde Aktionen» der UNO haben im letzten Jahre massiv zugenommen.

len, Russland, Schweden, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ukraine, USA.

Trotz der mehrheitlich negativen Katastrophenmeldungen ist der französische Generalstabschef der Ansicht, die Blauhelme führten eine ausgezeichnete Arbeit zu Lande durch. Seit 18 Monaten verschaffen sie nämlich dem fragilen, aber doch vorhandenen Waffenstillstand Nachachtung und gestatten so die Durchführung humanitärer Hilfe. Immer mehr internationale Hilfe komme so ans Ziel. Der UNO ist es auch gelungen, die Kämpfe auf Gebiete innerhalb Bosnien-Herzegowinas zu beschränken. So habe die Glaubwürdigkeit dieser Mission ständig zugenommen, unterstützt auch durch die Androhung von Luftschlägen von seiten der NATO.

Frankreich hat daraus die nötigen Lehren gezogen. Eine enge, dauernde und institutio-

nalisierte Absprache zwischen politischen und militärischen Behörden garantiert die Kohärenz zwischen politischer Absicht und der Durchführung von Aktionen. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen des Truppeneinsatzes die «Direction du renseignement militaire» (DRM, militärischer Nachrichtendienst) und das «Commandement des opérations spéciales» (COS, Kommando für Spezialoperationen) geschaffen sowie das «Centre opérationnel interarmées» (COIA, teilstreitkräfteübergreifendes Operationszentrum) verstärkt, von wo aus alle Operationen auf der Welt geführt werden, ebenso wie der «Etat-major interarmées» (EMIA, teilstreitkräfteübergreifender Stab), der diese Aktionen plant. Bt



Zu den Aufgaben der UNPROFOR gehört auch die Sicherstellung des Nachschubes.

Gegenwärtig laufende Missionen der UNO für «Peace-keeping Operations»

Mission	Land	Personen
UNTSO	Israel	220
UNMOGIP	Indien/Pakistan	40
UNFICYP	Zypern	1 255
UNDOF	Syrien	1 100
UNIFIL	Libanon	5 580
UNIKOM	Kuwait	550
UNAVEM II	Angola	200
ONUSAL	San Salvador	1 350
MINURSO	West Sahara	450
UNPROFOR	Ex-Jugoslawien	28 500
ONUMOZ	Mozambique	6 550
UNOSOM II	Somalia	noch einige hundert
UNOMUR	Uganda	105
UNOMIG	Georgien	200
UNOMIL	Liberia	650
UNMIH	Haiti	1 640
UNAMIR	Ruanda	2 600

Europa

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 43812320

Verstärkte Partnerschaft in der Rüstungsindustrie ist notwendig

Bis heute gibt es in Europa keine Synergie auf der Ebene der Budgets für die Rüstungsindustrien, der Bedürfnisse für die Rüstung, der Kaufanstrengungen und der Forschungs- und Entwicklungspolitik. Die interne europäische Konkurrenz und die fehlende Zusammenarbeit wirkte sich meist zugunsten der mächtigen amerikanischen Rüstungskonkurrenten aus.

In den letzten 30 Jahren sind trotzdem viele Militärprodukte in europäischer Zusammenarbeit entstanden. Die Erfahrungen zeigen, dass derartige Programme, die in europäischer Zusammenarbeit entstanden sind, meist erfolgreich waren. Diesbezügliche Beispiele sind: – die Flugzeuge Jaguar, Alphajet, ALT, Tornado sowie das laufende Projekt EFA, – die Lenkwaffen Hot, Milan, Roland, MILAS, AC3G, FSAF usw., – die Helikopter Puma, Gazelle, Lynx, Tigre sowie die Projekte NH90 und EH101.

Im weiteren werden Waffen, wie zum Beispiel der MLRS oder die Stinger-Lenkwaffen, in europäischer Zusammenarbeit nachgebaut. Diese Kooperationen unter Rüstungsfirmen

verschiedener Nationen brachten bisher gewisse Vorteile. Parallel dazu ist auf dem zivilen Sektor der europäische Wirtschaftsraum entstanden, der die europaweite Zusammenarbeit intensiviert und dadurch deren Position gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz auf längere Sicht stärker werden lässt.

Eine ähnliche Entwicklung hat nun auch im Rüstungssektor eingesetzt, da heute viele Unternehmen sowohl auf dem zivilen wie auf dem militärischen Gebiet aktiv sind. Seit einiger Zeit haben die Zusammenschlüsse unter gleichartigen europäischen Firmen im Rüstungssektor zugenommen: – Casa, Fokker, British Aerospace, Aerospatiale, Dassault, Snecma in der Luftfahrtindustrie, – Daimler-Benz, Finmeccanica und British Aerospace in anderen Rüstungsbereichen usw.

Angesichts des weltweiten Konkurrenzkampfes im Rüstungssektor müssen die europäischen Firmen noch aktiver werden. Die Errichtung einer wahren Industrie- und Technologiebasis im Rüstungssektor können nicht mehr nur dem Markt und den eigenen Gesetzen überlassen werden. Vor allem die französischen Partner fordern heute eine konzen-

trierte multinationale Politik der rüstungstechnischen Zusammenarbeit in Europa. Bt

NATO ermöglicht Waffenexporte nach Osteuropa

Die NATO-Staaten mit Ausnahme Islands sowie Australien und Japan haben im April beschlossen, die sogenannte Cocom-Überwachungsstelle aufzulösen.

Die Cocom hatte seit ihrer Gründung im Jahre 1950 die Aufgabe, die Ausfuhr von Waffen und Hochtechnologie in die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes zu verhindern. Bereits im letzten Oktober hatte der russische Präsident Jelzin erklärt, dass diese Kontrollorganisation heute die technologische Zusammenarbeit des Westens mit den heutigen osteuropäischen Staaten behindere. Die amerikanische Computerindustrie verlor

durch die Cocom-Bestimmungen nach eigenen Angaben jedes Jahr Aufträge im Wert von zirka 10 Mia US Dollar an die südostasiatische Konkurrenz.

Hochrangige Vertreter der 17 Cocom-Staaten kündigten nun anlässlich einer Konferenz in Den Haag diesen Vertrag, wobei allerdings die Gründung einer Nachfolgeorganisation, die bis Oktober dieses Jahres gebildet werden soll, beschlossen wurde. Mit dieser neuen Organisation soll insbesondere die Proliferation sowie der generelle Technologietransfer an Terroristenorganisationen sowie in sogenannte «verbotene Länder» kontrolliert werden. Die Liste dieser Länder soll im Gegensatz zur Cocom-Liste ständig überprüft und wenn notwendig angepasst werden.

hg

USA

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 43812320

Computerviren als Mittel der Informationskriegführung

Computerviren sind nicht nur in klassischen EDV-Systemen möglich, sondern auch in militärischen Führungssystemen, Feuerleitanlagen oder anderen Rechnersystemen. Gemäss amerikanischen Angaben sind Computer aller Art durch vorsätzliche Software-Angriffe der «Informationskriegführung» (Information Warfare) wie die US-Army diese neue Dimension des erweiterten elektronischen Kampfes bezeichnet, sehr verwundbar. Der gezielte Einsatz von professionell programmierten Viren durch Saboteure könnte verheerende Auswirkungen haben. Besonders die taktischen Computer in Führungsinformations- und Waffeneinsatzsystemen sind dadurch gefährdet. Denn solche Systeme vereinen meist viele Benutzer auf sich, wodurch die gezielte Degeneration oder gar die Zerstörung von Programmen erleichtert wird. Das gilt in zunehmendem Masse auch allein deswegen, weil innerhalb militärischer Systeme immer häufiger preiswerte, «ungeschützte» zivile Hard- und Software Verwendung finden. Die Anzahl programmierter Viren und logischer «Bomben» soll inzwischen allein bei den

IBM- und den dazu kompatiblen MS-DOS-Rechnern auf gegen 2000 gestiegen sein. Eine Infiltrierung der eigenen Computer lässt sich jedoch durch Abwehrmassnahmen und Schutzmechanismen in der Hardware, der eigenen Software, aber auch in den Prozeduren vermeiden. Besonders die taktischen Feuerleitrechner, Führungs- und Waffeneinsatzsysteme erhalten zukünftig mehr Schutz durch Bündel- und Einzelkanalverschlüsselung. Dazu werden insbesondere in den USA grosse Anstrengungen unternommen durch:

- speziell geregelte begrenzte Zugriffsmöglichkeiten,
- strenge Klassifizierungen,
- Verzicht auf Floppy-Disk-Laufwerke, um den Befall durch virenverseuchte Disketten auszuschliessen,
- laufende Überprüfungen mit eingebauten Hardware- und Software-Virenschnern.

Ein umfassender Schutz gegen Viren in Computersystemen kann aber bis heute nicht gewährleistet werden.

hg ■



Beispiel eines Waffensystems, das in europäischer Zusammenarbeit entstanden ist: PAL-System Milan, ausgerüstet mit Wärmebildgerät Mira.